

Sachsen-Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 203.

35
big
de.
um
6.
ute
ind
12
9.
strenge
lit.
ng.
Reie
unter
verlegen.
rück
ind
12
1946
günstig.
ie unter
1946
ingen.
en
ubar).
claden
a. S.
w's
inal-
gen
Gefell-
e und
reichte
ie
100 kg
l. Sad.
1946
art).
el!
3. Zink,
brillen,
Küchen-
und H.
er Kar
ng.
an
a. G.
wren
wren
nach-
3673
n,
tr. 30.
hals-
it neu
3533
14.
1946
de.
k.
er
zu
en.

Zweite Ausgabe

Angelsgeschäft f. d. hochhaltene Bettstühle oder deren Raum; alle u. den Gattin
zu 1/2, anstandslos in 14 Tagen am Schluss des reaktionellen Kalenders bis 1.10.1910.
Anzeigen-Nummern 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus.
Hing. Nr. Brauhausstr. Telefon 158; Reaktions-Telephon 1272.
Geführter: Dr. Walter Sebensleben in Halle a. S.

Freitag, 5. August 1910.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburgerstraße 30.
Telephon Amt VI Nr. 16 290.
Send und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Die drei Wurzeln der Reichsfinanznot.

Die drei hauptsächlichsten Wurzeln für die unzulängliche Lage der Reichsfinanzen werden in dem sozialwissenschaftlichen Organ der Gesellschaft österreichischer Volkswirte mit toberläufiger Einsicht aufgedeckt, daß es ja immerhin wäre, wenn diese Wurzeln der Reichsfinanznot unter der Linse von Papier, das heutzutage bedruckt wird, verloren gingen. Als Verfasser dieser Sommerhefte in dem hochangesehenen wissenschaftlichen Sprachrohr zeichnet Herr Dr. Louis Koenigs in Berlin-Charlottenburg. Als: Militarismus, Föderalismus und Agrarismus. So heißen die drei bösen Geister, die das Deutsche Reich seit der Wende der finanziellen Verderbens gebracht haben. Wäre der Kaiserreich nicht gelassen bei der Benützung des großen Aufschwungs, den wir für unsere Wehr zu Wasser und zu Lande im Interesse des Vaterlandes machen müßten, so könnte man einwenden, daß die nationalökonomische Gefahrheit von den Anforderungen der Militärischen Wissenschaft an ein starkes Gerüstlein nicht zu bestehen braucht, der Verfasser geht aber beherzt ganz entgegen. Sein Gedankengang ist überaus klar. Das Ausland empfinde die ständige Kriegsbereitschaft Deutschlands als eine Drohung und sehe sich genötigt, dem bösen Beispiel Deutschlands in der Rüstungsfrage zu folgen. So entsteht ein verhängnisvolles Wettlaufen der Großmächte auf militärischem Gebiet, wodurch — unsere nationale Unabhängigkeit gefährdet werde! Denn — die Logik der Begründung ist wunderbar! — indem wir uns genötigt sehen, den Rüstungen der fremden Staaten nachzuwehren, werden wir gegen unsere eigenen Willen zu ungeheuren Ausgaben verurteilt, gerieten also in ein bedauerliches Abhängigkeitsverhältnis von ausländischen Rüstungsanlagen und auf finanzieller Grundlage. Dann folgt ein Entschluß auf den Internationalismus. Nur die politischen Leistungen einer Nation in Kunst, Wissenschaft und Technik dienen ihrer Macht, Ausbreitung und Befestigung, die Waffen hingegen für rein negative Zwecke, so für Herr und Platte, sind eine unproduktive Verwendung, die den Militarismus in Gegensatz zur produktiven Volkswirtschaft bringen.

In diesen Sägen steckt ein Bündel Fortwärtler. Der Aufschwung unserer Volkswirtschaft und die Hebung unseres Ansehens in der Welt stehen in engem Zusammenhang mit der Stärke und Gediegenheit unserer Wehrmacht, so daß die Ausgaben für den „Militarismus“ in Wahrheit einen produktiven Zweck haben. Und die Wollen der händigen Kriegsbereitschaft sind eine nationale Wehrschranke gegen den Krieg, der eine hunderteckel größere Verwirrung in den Reichsfinanzen anrichten würde als alle Aufwendungen für Meer und Marine zusammen in Friedenszeiten. Bereit sein — ist alles!

Der Föderalismus hat sich mit der Anlage anfreundet, daß der Föderalismus an der Reichsfinanznot eine wissenschaftliche Schuld trage. Die in der Finanzverwaltung gegebene Verteilung der Reichsfinanzen mit den Finanzen der Bundesstaaten ist in der Tat ein arger Föderalismus für die finanzielle Unabhängigkeit des Reiches. Für letztere sind seit einem Menschenalter alle hervorragenden deutschen Staatsmänner mit heißem Vermissen eingetreten, ihre Anstrengungen (seit 1870 nicht weniger als 14 Anläufe, wie in den antiken Materialien nachgesehen werden kann) sind aber immer wieder am Partikularismus, Partei egoismus und an der Steuerlust gescheitert. Unter der erdrückenden Last der „lodenden Wollseide“ blieb den Regierungen nichts anderes übrig, als in den Beiträgen der Einzelstaaten und neuen Anleihen Deckung zu suchen. Das große finanzpolitische Ziel Bismarcks, durch Einführung des Eisenbahnmonopols und Tabakmonopols die mehrfachen Umlagen zu beseitigen, ist unerreicht geblieben. Statt der 10 Milliarden, die dem Reich laut amtlicher Auskunft bis hierzu infolgebeim verlorengelangen mußten, haben wir uns eine Milliardenlast aufladen müssen. Es ist ein irreführendes Wagnis, die staatsrechtliche Organisation des Reiches als Unterwürigkeit der Reichsfinanzen zu brandmarken, anstatt auf den Lebensweg der Finanzgeschichte hinzuweisen.

Der Agrarismus ist uns endlich, als dritte Wurzel aller finanziellen Pein, hat es Herrn Dr. Koenigs ganz besonders angehen. Die Begünstigung der Landwirtschaft durch die Lebensmittelpreise erzeugt, wie mitgeteilt wird, inneren Haß und zwingt die Arbeiter zu Lohnkämpfen, sie vergrößert die Produktionskosten der Industrie und erschwert das deutsche Erwerbsleben, sie beeinträchtigt den modernen Verkehr und die fortschreitende Technik, sie hält die Kultur nieder und zerrütet die Finanzen. Schön sind folgende Behauptungen: „Es ist erklärlich, daß diese Besteuerung die Abneigung des Volkes gegen indirekte Steuern überhaupt hervorgerufen hat. Die allgemeine Steuerermäßigung liegt im System begründet. Weil die alten Steuern unermäßig und ungerecht sind, und die Steuerkraft des Volkes fast erschöpft haben, sind jedes neue Steuerprojekt, auch wenn es noch so annehmbar erscheint, auf immer bestigeren Widerstand.“

Den Kaiserreichlichen Schlüsselstein bildet die Verdrängung, daß die Reichsfinanznot in der Unklammerung durch diese „Kette überlebter Kulturperioden“ wurzelt. Der Treibend der genannten Formen verdrängte Unordnung, Ungerechtigkeit, Verschwendung, Gewissenlosigkeit... Die österreichischen Volkswirte werden aus dem Munde des deutschen Gelehrten über die Reichsfinanznot nunmehr nicht nur Weisheit wissen, sondern erhalten zugleich ein Programm, was sie zu tun haben, damit ihr Staat nicht alljährlich in die Grube fällt. Besonders werden die Präsidentenmittel der Abrechnung und des Treibhandels ihnen sehr annehmbar erscheinen. Doch das möge sie mit sich abmachen. Der ganze Artikel des deutschen Akademikers und Finanztheoretikers hat uns aber mit tiefer Bestürzung erfüllt, daß solche Kundertwelle in Bezug auf alle amtlichen Veröffentlichungen zu Reichsfinanzreform und einer breiten Aufklärungs-Literatur ausländischer Gelehrten heute noch als Wahrheitsfund vorgelegt werden kann. Wir wünschen uns!

Deutsches Reich.

Seine Majestät der Kaiser empfing Donnerstag mittags im Gegenwart des Staatssekretärs des Auswärtigen von liberalen-Besucher und des Finanziers des diplomatischen Korps von dem Knecht der bisherigen österreichischen Gesandten in Wien-Präsidenten in Österreichs-Audienz und den neuernannten österreichischen Gesandten in Wien-Präsidenten in Österreichs-Audienz. Wie wir noch hören, hat der Kaiser den General von Schönerbein aus Anlass seines Schiedens in hervorragender Weise ausgezeichnet. Nachdem der General durch einen Vertreter des Auswärtigen Amtes die Dekoration des ihm vom Kaiser verliehenen roten Adlerordens erster Klasse erhalten hatte, schenkte ihm der Kaiser in der gedachten Abschiedsaudienz noch sein lebensgroßes Porträt in goldenem Rahmen.

Zur Einweihung des neuerrichteten Reichsdenkmals in Wien werden außer dem Kaiserpaar auch das Kronprinzenpaar sowie Prinz und Prinzessin Ernst Eitel Friedrich am 10. August in Wien einziehen. Die Einweihung erfolgt am 20. August. Es verläutet, daß das Kaiserpaar noch bis zum 22. oder 23. August in Wien Aufenthalt nehmen wird.

Kaiser Wilhelm und Herzog von Cumberland. Wie die „Neue freie Presse“ aus Gmundens meldet, soll angeblich Kaiser Wilhelm dem Kaiser Franz Josef ein eigenartiges Gebrauchsgegenstand anbieten, nämlich die schon mehrfach angebotene Besichtigung mit dem Herzog Ernst August von Cumberland, an der dem Kaiser Franz Josef viel gelegen sei. Die Besichtigung soll durch einen Telegrammwechsel zwischen Kaiser Wilhelm und Herzog Ernst August angebahnt werden und bei dem Besuche Kaiser Wilhelms in Wien erfolgen, wo eine Begleitung zwischen Kaiser und Herzog benachteiligt werden soll. Die Besichtigung ist wohl mit größerer Wahrscheinlichkeit aufzunehmen. Eine Besichtigung hätte schon oftmals früher bei viel passenderen Gelegenheiten stattfinden können, wenn sich der Herzog von Cumberland eben zu der Erklärung verstände, er ernehme die Anexion Hannover durch Preußen im Jahre 1866 ohne Hintergedanken als eine geschichtliche Notwendigkeit an.

Zum Besuch von Mitgliedern der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in London. Die National Farmers Union gab zu Ehren der Mitglieder der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft ein Frühstück, bei dem der Präsident der Union Colin Campbell die Gäste herzlich als Mitglieder einer großen befreundeten Nation begrüßte. Landwirte in der Provinz von Carl Garretting brachte eine Resolution in Bezug auf den deutschen Kaiser aus und führte weiter aus, er habe, als er bei Herzog und den deutschen Kaiser gemeinsam an der Waise König Eduards gesehen sah, die Empfindung gehabt, daß die von den beiden Herrschern vertretenen Nationen nicht nur auf dem Gebiete des Handels friedlich mit einander weiterarbeiten sollten, sondern daß sie die höhere und heiligere Bestimmung hätten, Schalter an Schalter beieinander zu stehen in der Erhaltung des Weltfriedens.

Der Gegenwurf über die Bildung kommunaler Zweckverbände ist, wie uns mitgeteilt wird, bei der zuständigen Behörde bereits fertiggestellt und den Oberpräsidenten der Provinzen zur Begutachtung zugegangen. In dem Entwurf wird durch geeignete Bestimmungen die Möglichkeit geschaffen, Städte mit Städten zu Zweckverbänden zu vereinigen, während die Möglichkeit einer Vereinigung bisher nur zwischen Stadt und Land gegeben war. Ferner soll das Zweckverbände, das bisher nur der Landgemeindegliederung vom 3. Juli 1891 nur für die hiesigen Provinzen und ebenso für Schleswig-Holstein und Slesien-Nassau geregelt ist, auch auf alle anderen Provinzen ausgedehnt werden. Dabei soll der Zweck nur in demjenigen engen Umfange ausgedehnt werden, den ihm die Landgemeindegliederung gegeben hat. In der Provinz spielt er, wie natürlich nachgewiesen ist, keineswegs eine bedeutende Rolle. Es muß also der Standpunkt gewahrt, daß die Selbstverwaltung zu fördern und von besonderen gemeindegliederungen abzuheben zu können ist. Was die Eingliederung der Provinzen in die Selbstverwaltung anbelangt, so ist sie in der neuen Gegenentwurf ebenso eingeschlossen worden wie in der bisherigen Landgemeindegliederung von 1891. Auch dieser kann die Stadtverwaltung wie jede andere Stadt schon heute sofort im Wege

der Freiwilligkeit wie des Zwanges mit Landgemeinden und Zweckverbänden zusammengelegt werden. In dem neuen Gegenentwurf sind nun Bestimmungen enthalten, die Berlin zu den umliegenden Stadtgemeinden in das gleiche Verhältnis bringen.

Die Staatskanzlei für „Stenographie“. Dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses wurde seiner Zeit die Errichtung einer „Staatskanzlei für Stenographie“ angetragen, die den Zweck haben soll, eine hinreichende Anzahl von Stenographen zu berechnen, um den staatlichen Behörden sowie dem Parlament je nach deren Bedürfnis zur Verfügung zu stehen. Dieser Verfügung ist bereits dadurch entsprochen worden, daß das zuständige Ministerium sich mit der Angelegenheit eingehend befaßt hat. Die gegenwärtig bestehenden Einrichtungen haben aber an einem Mangel noch nicht führen können, da der Verwirrung des Gehörtes genügt noch finanzielle und andere Mängel entgegenstehen. Was die Beschaffung der in beiden Häusern des Landtages angefertigten Stenographen während der parlamentarischen Zeit anbelangt, so ist vor längerer Zeit verfügt worden, daß die seit Oktober 1908 angefertigten Beamten in der parlamentarischen Zeit entsprechend ihrem Range in anderen Zweigen des Staatsdienstes zu beschäftigen sind. Hiermit ist jedoch der Behörden entsprechende Gebrauch bereits gemacht worden.

Fortbildungsturse für „Nadelarbeitslehrerinnen“. Bekanntlich ist, wie uns mitgeteilt wird, der Nadelarbeitsunterricht am höheren Mädchenschulen auf Grund der Ausführungsbestimmungen vom 19. Dezember 1908 zum Erlaß vom 18. August 1908 über Neuordnung des höheren Mädchenschulwesens in neue Bahnen gelenkt worden. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Freude an einer geistigen Tätigkeit wie die Entwicklung des Formen- und Farbeninstinkts hervorgerufen sei, so daß dem Unterrichte ein neuer Inhalt gegeben wird. U. a. haben die in der letzten Zeit des Ministeriums in Berlin von der Regierung erfahren, daß nach a. W. dem Beschäftigten nach Maß, dem Wohlfühlens, dem einfachen Schreiben, dem Putz- und Verzierungsarbeiten in enger Verbindung mit der Zeichnung besondere Berücksichtigung genötigt. Diese Neuordnung hat nun dazu geführt, daß die Nadelarbeitslehrerinnen mit den neuen Grundlagen des Unterrichts versehen werden müssen. Ihre Fortbildungen haben teils des Kultusministeriums (insbesondere des Gehelmen Regierungsrats Prof. Dr. Pallas) eine besondere Förderung erfahren, was in der Abhaltung des ersten staatlichen Fortbildungskurses für Nadelarbeitslehrerinnen in Berlin und in den Provinzen zum Ausdruck kam. Die Honorararbeiten werden in der Provinz in der Provinz übernommen, die Vorträge durch die bekannte Kunstgewerbetreuer Frau Oppeler-Regand halten ließ. Dieser Kursus dauerte mehrere Monate. In diesem Monat wird unter Förderung des Ministeriums wiederum ein Kursus im Landesbereich in Preußen für Nadelarbeitslehrerinnen stattfinden, welcher ebenfalls im Jahre 1909 bereits durch die Kultur-Fachhochschule in Berlin eingerichtet hatte. Auch bei diesen Kursus das Ministerium die Ausgaben für die Lehrerinnen und stellte eine Anzahl von Maschinen zur Verfügung. Das Vorgehen des Ministeriums hat bereits fruchtbringend in die Provinz gewirkt, als auch sonst an königlichen oder händischen Schulen (u. a. in Danzig, Königsberg, Thorn, Posen, Westpreußen) solche Kurse eingerichtet wurden. Auf Anregung des Gehelmen Dr. Pallas hat übrigens Margot Grupe ein sehr schön gestaltetes Buch, betitelt: „Die neue Nadelarbeit“, verfaßt.

Zusland.

Ein Ueberfall von Tscheken auf Deutsche. Einer Meldung aus Gabeln zufolge wurden in Lannbold mehrere Deutsche ohne jede Veranlassung von Tscheken überfallen und durch Messerstücke schwer verletzt. Der eine wurde in das Krankenhaus gebracht, die beiden anderen konnten der häuslichen Pflege überlassen werden. Die Bevölkerung von Lannbold ist durch diesen feigen Ueberfall auf das höchste erbittert, und die Erregung hat sich noch gesteigert, als dort ein Gendarmereformkommando eintraf, um den paar Ortsanwässigen Tscheken Schutz vor Vergeltung zu gewähren.

Vom Internationalen Friedenskongreß in Stockholm. Zu der letzten Sitzung des Internationalen Friedenskongresses wurde mit Bezug auf das Verhältnis zwischen Russland und Japan eine Resolution angenommen, in der heißt:

Der 18. internationale Friedenskongreß in Stockholm mit Freude den Abschluß des russisch-japanischen Abkommens vom 3. Juli 1910, das mit anderen Konventionen besteht, das friedliche und freundschaftliche Verhältnis zwischen beiden Kaiserreichen zu befestigen und die Möglichkeit zukünftiger Mißverständnisse zu beseitigen.

Der Kongreß hat sich für die Annahme einer Resolution angenommen, die lautet:

In dem Vernehmen, daß kein Uebereinkommen durch einseitigen Beschluß einer Partei abgeschlossen werden kann, und daß das Verhältnis zwischen Russland und Finnland auf rechtliche Uebereinkommen gegründet ist, die die Finnland als Nation anerkennt, spricht der Kongreß sein lebhaftes Bedauern aus, daß die Beziehungen und die Beziehungen rechtliche Uebereinkommen ohne Zustimmung der finnischen Nation abgeschlossen haben. Der Kongreß hofft, daß das russische Volk, nachdem es über die eigenen Interessen und die Wünsche der ganzen zivilisierten Welt angefragt ist, nicht zögern wird, die rechtlichen Uebereinkommen zwischen dem russischen Russland und dem Großfürstentum Finnland gemäß den Regeln beider Parteien im gemeinsamen Interesse wiederherzustellen. — Die russischen Delegierten enthielten sich der Abstimmung über diese Resolution.

